

Koalitionssignale und ihre Wirkungen auf Wahlentscheidungen

Bytzek, Evelyn; Gschwend, Thomas; Huber, Sascha; Linhart, Eric; Meffert, Michael F.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bytzek, E., Gschwend, T., Huber, S., Linhart, E., & Meffert, M. F. (2011). *Koalitionssignale und ihre Wirkungen auf Wahlentscheidungen*. Mannheim. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-257760>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Koalitionssignale und ihre Wirkungen auf Wahlentscheidungen

Evelyn Bytzek / Thomas Gschwend / Sascha Huber / Eric Linhart / Michael F. Meffert

Zusammenfassung: Im deutschen Fünf-Parteien-System nimmt die Zahl der möglichen Koalitionen zu und Koalitionssignale gewinnen daher eine zunehmende Bedeutung für das Entscheidungsverhalten der Wähler. Um individuelle Wahlentscheidungen angemessen zu analysieren, müssen Koalitionssignale folglich bei der Modellierung des Wählerkalküls mit einbezogen werden. Der vorliegende Beitrag untersucht vor diesem Hintergrund die Bedeutung von Koalitionssignalen für das Wahlverhalten. Anhand von Analysen verschiedener Datensätze der German Longitudinal Election Study (GLES) wird für die Bundestagswahl 2009 gezeigt, dass Koalitionssignale zu Veränderungen der Wahlabsicht führen. Aufgrund der komplexen Koalitionssituation führen solche Wahlentscheidungen allerdings nicht immer zu einer Maximierung des Erwartungsnutzens, Wähler können vielmehr durch Koalitionssignale auch in die Irre geführt werden.

Coalition Signals and their Impact on Voting Behaviour

Abstract: The number of possible coalitions in the German five-party system is rising. Coalition signals become consequently more important for the decision-making process of voters. In order to model individual vote choices adequately, the impact of coalition signals must therefore be taken into account. Taking the case of the 2009 federal election, we provide evidence for these assumptions using several data sources of the German Longitudinal Election Study (GLES). We show that coalition signals can change individual vote intentions. Due to the increasing complexity of coalition formation, such behavior does not always maximize voters' expected utility. Instead, coalition signals may lead voters astray.

1. Einleitung

Welche Rolle spielen Regierungskoalitionen und speziell die Koalitionssignale von Parteien für individuelle Wahlentscheidungen? Die Koalitionslage bei Bundestagswahlen war lange Zeit sehr übersichtlich. Meist war schon vor der jeweiligen Wahl klar, welche Parteien beabsichtigten, nach der Wahl im Falle einer ausreichenden Mehrheit eine gemeinsame Regierungskoalition zu bilden. Erreichten die Bündnisse eine Mehrheit der Sitze, so wurden die entsprechenden Koalitionen nach der Wahl auch tatsächlich gebildet (Pappi et al. 2006). Diese Situation änderte sich schlagartig mit der Bundestagswahl 2005: Vor der Wahl lag die schwarz-gelbe Proto- bzw. Vorwahlkoalition in den Umfragen deutlich vorne, und sowohl CDU/CSU als auch FDP hatten ihren Willen bekundet, mit der jeweils anderen Partei zu koalieren. Überraschenderweise verfehlte dieses Parteienbündnis bei der Wahl jedoch die notwendige Mehrheit der Sitze im Bundestag, so dass die angestrebte Koalition nicht realisiert werden konnte. Ebenso erging es der noch amtierenden Regierungskoalition aus SPD und Grünen, die eine Fortführung der gemeinsamen Regierungsarbeit anstrebte. Die Folge war die Bildung einer Großen Koalition. Vor diesem Hintergrund avancierte im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 die Diskussion ungewöhnlicher, bislang auf Bundesebene noch nie beachteter Koalitionsmodelle wie einer Zusammenarbeit von CDU/CSU, FDP und Grünen in einer sogenannten Jamaika-Koalition, einer sogenannten Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP oder auch einer Linkskoalition aus SPD, Grünen und der Linken zu einem der wichtigsten Themen des Wahlkampfes. Auch wenn nach der Bundestagswahl 2009 mit der Bildung einer schwarz-gelben Koalition ein Rückgriff auf tradierte Koalitionsmodelle erfolgte, dürften aufgrund der geänderten Mehrheitsverhältnisse bei künftigen Bundestagswahlen unklare Koalitionssituationen häufiger vorkommen und neue, lagerübergreifende Drei-Parteien-Bündnisse zwangsläufig erneut thematisiert werden. Hierzu trägt erstens das konsolidierte Fünf-Parteiensystem mit zwei mittelgroßen und drei etwa gleichstarken kleineren Parteien bei, das die Mehrheitsbildung deutlich erschweren wird. Zweitens zeigt die Erfahrung der vorangegangenen Bundestagswahlen 2002 und 2005 (Gschwend/Norpoth 2005), dass auch in den letzten Wochen vor einer Wahl sichergeglaubte Mehrheiten noch verloren gehen können.

Welche Folgen haben diese Veränderungen der Koalitionspolitik für die Wähler? Von unterschiedlichen Koalitionen kann die Umsetzung unterschiedlicher Politiken erwartet werden, die den Idealvorstellungen einzelner Wähler mehr oder weniger nahe kommen.

Wähler dürften daher Präferenzen nicht nur im Hinblick auf Parteien, sondern auch auf Koalitionen entwickeln (vgl. Linhart 2007). Maßgeblich für diese Präferenzen dürfte sein, welche Koalition am ehesten eine Politik erwarten lässt, die den Idealvorstellungen der Wähler nahe kommt. Wenn wir mit Downs (1957) davon ausgehen, dass ein Wähler mit seiner Wahlentscheidung möglichst effektiv über die nächste Regierung und deren Politik in der folgenden Legislaturperiode mitentscheiden will, sollte diese Entscheidung infolgedessen in Rechnung stellen, welcher Koalition sich die gewählte Partei vermutlich anschließen (oder aber gerade nicht anschließen) und welche Politik diese Koalition dann umsetzen wird.

Hierbei ergeben sich als Folge der bei den jüngsten Bundestagswahlen veränderten Koalitionssituation zwei Probleme: Erstens konnten sich die Wähler bislang relativ leicht, d.h. auch ohne größeres Interesse an politischen Vorgängen, an der Links-Rechts-Dimension des politischen Wettbewerbs mit relativ klar zuordenbaren Blöcken auf der linken und auf der rechten Seite des Spektrums orientieren. Nun stehen sie vor der Herausforderung, eine Vielzahl möglicher Koalitionsoptionen gegeneinander abzuwägen, die – wie etwa im Fall der 2009 diskutierten Dreier-Konstellationen „Jamaika“ und „Ampel“ – nicht mehr so deutlich wie bisher ideologisch verbunden sind. Die zukünftige Politik solcher neuartigen Parteienkombinationen zu antizipieren und den Einfluss der jeweiligen Parteien innerhalb dieser Koalitionen abzuschätzen, stellt sicherlich eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für die Wähler dar.

Zweitens stellt sich die Frage, wie es um die Aussichten einer bestimmten Koalition bestellt ist, nach der Wahl tatsächlich gebildet zu werden. Dies hängt davon ab, ob die Mehrheitsverhältnisse ein solches Bündnis zulassen, aber auch davon, ob die Parteien überhaupt in dieser Weise zusammenarbeiten wollen. Erwartungen hinsichtlich der Mehrheitsverhältnisse nach der Wahl, insbesondere aber auch die von den Parteien ausgesendeten Koalitionssignale können für die Wähler daher eine wesentliche Entscheidungshilfe darstellen. Koalitionssignale können darüber Aufschluss geben, welche Koalitionen die einzelnen Parteien als für sich wünschenswert oder zumindest akzeptabel ansehen und für welche sie eine Beteiligung ablehnen. Orientiert sich ein Wähler an den Aussagen der Parteien zu möglichen Koalitionen, kann dies zu einer Situation führen, in der er von der Wahl der von ihm am meisten präferierten Partei Abstand nimmt, weil diese möglicherweise einer von ihm wenig präferierten Koalition ins Amt verhelfen würde. Stattdessen kann er versuchen, durch die Wahl einer weniger präferierten Partei die Aussichten auf Realisierung einer stärker präferierten Koalition zu verbessern.

Koalitionssignale können somit ein Grund (neben anderen wie beispielsweise das Vermeiden vergeudeter Stimmen) für das Abweichen von der am meisten präferierten Partei sein.

Unklare Koalitionssituationen machen es dem Wähler schwerer, eine zielgerichtete Wahlentscheidung zu treffen. Bei der Einschätzung der Chancen unterschiedlicher Koalitionen stellen die Koalitionssignale zwar eine wesentliche Entscheidungshilfe dar, können aber auch zu Fehlentscheidungen der Wähler führen. Weicht ein Wähler aufgrund von Koalitionssignalen bei der Wahlentscheidung von seiner eigentlich präferierten Partei ab und schätzt dabei aufgrund der komplexen Konstellation die erwartete Politik der von ihm präferierten Koalition oder gar die Bereitschaft der Parteien, gemeinsam eine Regierung zu bilden, falsch ein, kann seine abweichende Wahl zu einem für ihn schlechteren Ergebnis führen als die Entscheidung für die eigentlich bevorzugte Partei.

Das Phänomen von Wahlentscheidungen, die von der obersten Parteipräferenz abweichen, wird in der Literatur unter dem Begriff des „strategischen Wählens“ diskutiert – im Gegensatz zur Wahl der meistpräferierten Partei (also der Präferenzwahl).¹ Hierbei wird dem Wähler in der Regel die Motivation unterstellt, durch die abweichende, strategische Wahl ein für sich besseres Ergebnis erzielen zu wollen, als es durch Unterstützung der erstpräferierten Partei erreicht werden könnte. Inwiefern dieses Ergebnis „besser“ als das der Präferenzwahl ist, bleibt jedoch häufig unklar. In empirischen Studien wird diese Frage häufig ausgeblendet, indem von der obersten Präferenz abweichendes Wahlverhalten a priori mit strategischem Verhalten gleichgesetzt wird. Um mit der bestehenden Literatur im Einklang zu sein, folgen wir dieser Sichtweise, eine abweichende Wahlentscheidung als strategisch – man könnte einschränken potenziell strategisch – zu klassifizieren und die Sinnhaftigkeit dieser Abweichung nur implizit anzunehmen. Gleichzeitig referieren wir auf das Modell von Linhart (2007, 2009a), das die Folgen jeder möglichen Wahlentscheidung im Sinne von Downs (1957) kalkuliert. Die rationale Wahlentscheidung ist dann diejenige, die den Erwartungsnutzen für einen Wähler maximiert, also die Wahlentscheidung, deren Folgen ein Wähler am besten bewertet. Klar ist, dass bei diesen Definitionen Rationalität weder ein hinreichendes noch ein notwendiges Kriterium für strategisches Wahlverhalten ist. So kann auch die Wahl der meistpräferierten Partei rational sein, genauso wie dies für eine strategische

¹ Die Wahl der meistpräferierten Partei wird im Englischen als *sincere voting* bezeichnet und daher auch in der deutschsprachigen Literatur häufig „ehrliche Wahl“ genannt. Wir verwenden stattdessen den Begriff Präferenzwahl, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass strategische Wähler unehrlich handeln.

Wahlentscheidung nicht der Fall sein kann. Insbesondere Wahlentscheidungen, die strategisch, aber nicht rational sind, wurden von der Forschung bisher nur wenig beachtet.² Eine komplizierte Koalitionssituation lässt erwarten, dass eine rationale Wahlentscheidung grundsätzlich schwieriger wird, doch ob Koalitionssignale eine rationale Wahlentscheidung erleichtern oder erschweren, ist bislang unklar. Der vorliegende Beitrag geht vor diesem Hintergrund der Frage nach, welche Rolle Koalitionssignale in komplexen Koalitionssituationen bei der Wahlentscheidung spielen. Wir referieren zunächst den Forschungsstand in Hinblick auf Einflüsse von Koalitionsüberlegungen auf Wahlentscheidungen. Im Anschluss daran stellen wir unser Modell der rationalen Wahlentscheidung vor, das Koalitionssignale integriert. Im empirischen Teil prüfen wir zunächst am Beispiel der Bundestagswahl 2009 eine wesentliche Prämisse unseres Modells, nämlich dass Koalitionssignale Wahlentscheidungen beeinflussen; wir stützen uns dabei auf ein experimentelles Design. Anschließend präsentieren wir die Ergebnisse einer empirischen Umsetzung unseres Modells der Wahlentscheidung, ebenfalls für die Bundestagswahl 2009. Wir legen hierbei ein besonderes Augenmerk auf die Wähler, die sich vor dem Hintergrund einer komplexen Koalitionssituation strategisch, aber nicht rational entscheiden. Für die Analysen machen wir Gebrauch von einer bislang nicht da gewesenen Datenlage, die durch die *German Longitudinal Election Study* (GLES) generiert wurde.

2. Stand der Forschung

Welche Rolle spielen Präferenzen von Wählern für bestimmte Koalitionen sowie deren Aussichten auf Realisierung für individuelle Wahlentscheidungen? Diese Frage findet erst seit wenigen Jahren in der Wahlforschung Beachtung. Mittlerweile konnte jedoch für eine Vielzahl von Ländern gezeigt werden, dass Koalitionspräferenzen und -erwartungen Einfluss auf Wahlentscheidungen nehmen, darunter Belgien (Gschwend/Hooghe 2008), Israel (Aldrich et al. 2004; Blais et al. 2006; Bargsted/Kedar 2009), die Niederlande (Gschwend/van der Kolk 2006; Irwin/van Holsteyn 2003) und Österreich (Meffert/Gschwend 2010a; Pappi 2007). In der deutschen Wahlforschung wird dieses Thema vornehmlich unter Bezug auf Modelle des

² Man muss nicht soweit gehen und die Einschätzung von Buchanan/Yoon (2006) teilen, jedes rationale Wahlverhalten per Definition als strategisch einzuschätzen, wenngleich deren Sichtweise einen interessanten Blickwinkel darstellt.

strategischen Wählens diskutiert, wenngleich einige Arbeiten auch auf einen Einfluss von Koalitionspräferenzen unabhängig von strategischen Überlegungen hinweisen (Bytzek 2010; Bytzek/Huber 2010). Für die strategische Wahlentscheidung sind insbesondere Überlegungen dazu relevant, welche Koalition sich nach einer Wahl bilden wird. Diese können Wähler aus zwei Quellen ableiten: den Koalitionssignalen der Parteien und den Umfragewerten, welche diese vor einer Wahl erreichen. Dass Koalitionssignale eine wichtige Rolle bei der Bildung von Koalitionserwartungen spielen, wird auch dadurch begünstigt, dass sie von den Partei oft explizit gemacht werden und für die Wähler einfach zu verstehen sind (Gschwend 2007; Meffert/Gschwend 2007, 2009; Linhart 2007; Decker 2009). Etliche Studien zeigen denn auch, dass Koalitionspräferenzen und -signale Wahlentscheidungen in eine im Sinne strategischen Wählens sinnvolle Richtung beeinflussen (z.B. Gschwend/Pappi 2004, Pappi/Gschwend 2005, Huber et al. 2009).

Da diese Untersuchungen aber vorwiegend mit Querschnittsdaten arbeiten, kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass die Wahrnehmung von Koalitionssignalen nicht vom situativen Kontext der Wahl, sondern von den eigenen Präferenzen der Wähler abhängt. Daher stellt sich die Frage, wie man Evidenz für eine direkte Beziehung zwischen Koalitionserwartungen und individuellem Wahlverhalten erbringen kann. Ein strenger Nachweis wäre gegeben, wenn auf veränderte Koalitionserwartungen auch ein verändertes Wahlverhalten folgt. Dazu müsste eine Situation gefunden oder künstlich geschaffen werden, in der ein Wähler wiederholt befragt wird und alle entscheidungsrelevanten Faktoren mit Ausnahme der Einschätzung der Koalitionslage gleich bleiben. Verändert sich unter solchen Bedingungen das Wahlverhalten des Befragten, dann kann diese Veränderung ursächlich auf die veränderte Koalitionserwartung zurückgeführt werden. Umfrage-Experimente stellen einen Weg dar, wie eine solche Situation erzeugt werden kann. Hierbei werden den Befragten unterschiedliche, hypothetische Kontexte in Form sogenannter Vignetten vorgestellt, die in untereinander vergleichbarer Weise unterschiedliche Konstellationen von Koalitionssignalen definieren. Wenn sich Wahlabsichten von Befragten in Reaktion auf diese hypothetischen Szenarien ändern, kann das direkt auf die variierten Koalitionssignale als manipulierten kontextuellen Faktor zurückgeführt werden.

In der Literatur gibt es einige wenige Beispiele für diese Vorgehensweise. So untersuchten Gschwend/Hooghe (2008) im Rahmen einer Online-Studie für Belgien, unter welchen Bedingungen Wähler den Koalitionssignalen der Parteiführer folgen und eine (in Belgien mögliche) gemeinsame Parteiliste unterstützen. Dafür wurde die ursprüngliche individuelle Wahlabsicht für Parteien mit der Wahlabsicht in einem hypothetischen Kontext verglichen,

der es ermöglicht, statt für einzelne Parteien für bestimmte gemeinsame Parteilisten zu stimmen. Mit expliziten Vignetten zu hypothetischen, aber plausiblen Umfrageergebnissen und Koalitionssignalen von Parteien untersuchen Irwin/van Holsteyn (2003) in einer niederländischen Vorwahlstudie, wie sich das individuelle Wahlverhalten ändert, wenn sich der entsprechende Kontext ändert. Linhart/Huber (2009) konfrontierten Befragte mit ähnlichen Szenarien und stellten einen Einfluss unterschiedlicher Koalitionssituationen auf das Wahlverhalten in Deutschland fest. Schließlich zeigte sich auch in einer Studie von Meffert/Gschwend (2010b) zur Nationalratswahl 2006 in Österreich, dass viele Wähler von ihrer ursprünglich angegebenen Wahlentscheidung systematisch abweichen, wenn ihnen bestimmte Koalitionssignale verfügbar gemacht werden.

Die Ergebnisse bisheriger Studien zeigen also, dass Koalitionssignale einen Einfluss auf individuelle Wahlentscheidungen haben können. Es liegen jedoch bislang kaum Befunde dazu vor, ob die so veränderte Wahlentscheidung auch eine rationale ist, ob also der erwartete Nutzen aus der Regierungstätigkeit der gewünschten Koalition auch der höchste im Vergleich zu allen anderen Koalitionen ist. Ein Grund hierfür ist, dass Modelle strategischen Wählens, die Koalitionspräferenzen und -erwartungen berücksichtigen, die politischen Positionierungen der Parteien und Koalitionen in der Regel außer Acht lassen. Linhart/Huber (2009) haben einen ersten Schritt in diese Richtung unternommen und solche Positionierungen in ein Modell integriert. Sie können damit zeigen, dass strategisch motivierte Wahlentscheidungen durchaus auch irrational sein können. In dieser Studie traf das insbesondere auf Leihstimmen für den potenziellen kleinen Koalitionspartner zu. Dieser Befund deutet auf die Möglichkeit hin, dass Koalitionssignale die Wähler durchaus in die Irre führen könnten. Der vorliegende Beitrag setzt an diesem Punkt an und stellt im Folgenden ein integriertes Modell der Wahlentscheidung vor, das sowohl Positionen von Parteien und Koalitionen als auch Koalitionssignale einbezieht.

3. Ein Modell koalitionsorientierter Wahlentscheidung

Das im Folgenden beschriebene, ursprünglich von Linhart (2007, 2009a) entwickelte Modell der Wahlentscheidung beruht auf dem Grundgedanken eines rationalen Kalküls des Wählens, wie es von Downs (1957) ursprünglich vorgeschlagen und von Riker/Ordeshook (1968) für Mehrheitswahlssysteme weiterentwickelt wurde. Laut Downs (1957: 142-146) muss ein

Wähler, um in Mehrparteiensystemen rational zu wählen, abschätzen können, welche Koalitionen sich unter welchen Rahmenbedingungen bilden und welche Politik die jeweiligen Koalitionen zu implementieren beabsichtigen. Die Rahmenbedingungen sind hierbei im Wesentlichen die entsprechenden Mehrheitsverhältnisse im Parlament nach der Wahl. Das heißt, ein Wähler muss bei seiner Stimmabgabe überlegen, wie sich seine Stimme je nachdem, welcher Partei er sie gibt, auf die Zusammensetzung des Parlaments auswirken kann, wie sich eine möglicherweise veränderte Parlamentszusammensetzung dann voraussichtlich auf den Regierungsbildungsprozess auswirkt und was dies letztendlich für die Politikergebnisse, welche die daraus resultierende Regierung hervorbringt, bedeuten könnte (vgl. Abbildung 1).

- Abbildung 1 etwa hier –

In Mehrheitswahlsystemen mit Zweiparteisystemen sind solche Überlegungen vergleichsweise einfach: Eine einzelne Partei erhält in der Regel eine parlamentarische Mehrheit und setzt genau die Politik durch, die ihren Idealvorstellungen entspricht. Kritisch ist hier nur die Abschätzung, ob und wie sich die eigene Stimmabgabe auf das Wahlergebnis auswirkt (vgl. Riker/Ordeshook 1968). In Verhältniswahlsystemen mit Mehrparteiensystemen ist die Abschätzung hingegen komplexer. Bei einer gegebenen Sitzverteilung im Parlament muss noch lange nicht klar sein, welche Parteien gemeinsam eine Regierungskoalition bilden werden. Darüber hinaus ist unklar, auf welche gemeinsame Politik sich Koalitionsregierungen einigen werden.

Das weiterentwickelte Modell von Linhart (2007, 2009a) nimmt genau solche Überlegungen auf. Es überträgt die Prämisse des rationalen Kalküls der Wähler auf beliebige Wahlsysteme und kann somit auch auf komplexe Situationen in Mehrparteiensystemen mit Koalitionsregierungen angewendet werden.³ Eine Grundidee der Modellierung besteht darin, dass der Wähler sich an Umfragen orientiert, um abschätzen zu können, wie sich seine Stimmabgabe auf das Wahlergebnis auswirkt. Er nimmt von Parteien gesendete Koalitionssignale als Grundlage, um Erwartungen darüber zu bilden, wie wahrscheinlich bei gegebenem Wahlergebnis bestimmte Regierungskoalitionen sind. Schließlich schätzt er die unterschiedlichen Politiken ab, die verschiedene Koalitionen voraussichtlich umsetzen

³ Eine detaillierte Beschreibung des Modells mit ausführlichen Erläuterungen und Beispielen findet sich bei Linhart (2007, 2009a) sowie Linhart/Huber (2009).

würden. Letztlich mit Blick auf diese Politikergebnisse beurteilt der Wähler somit seine unterschiedlichen Möglichkeiten der Wahlentscheidung. Der rationale Wähler trifft die Entscheidung, die zu dem für ihn besten Ergebnis führt.

Ausgangspunkt für das weiterentwickelte rationale Kalkül ist ein vierstufiges Entscheidungsmodell nach Austen-Smith/Banks (1988), wie in Abbildung 1 dargestellt. Auf jeder Stufe dieses Modells besitzen die Akteure (Parteien und Wähler) Handlungsalternativen, die im Zusammenspiel mit äußeren Zuständen bzw. Aktionen anderer Akteure zu bestimmten Ergebnissen führen. Um mit Blick auf das Endergebnis, eine bestimmte Regierungspolitik, eine optimale Strategie zu wählen, müssen die Akteure bei ihren Entscheidungen auf jeder Stufe die Spiele der folgenden Stufen (via Rückwärtsinduktion) antizipieren. Dieser Logik gemäß bewerten Parteien auf Stufe 3 nicht eine Koalition an sich, sondern die Politik, die die Koalition auf Stufe 4 des Modells voraussichtlich durchsetzen wird. Für einen Wähler auf Stufe 2 ist nicht das Wahlergebnis Grundlage seiner Bewertung, sondern die Sitzverteilung, die auf Grundlage des Wahlergebnisses im Parlament gegeben sein wird,⁴ die auf Basis dieser Sitzverteilung gebildete Regierungskoalition und letztlich die Politik, die diese Regierung umsetzen wird. Der Wähler ist gemäß des Modells also weniger am Wahlergebnis selbst interessiert, sondern vielmehr an dessen mittelbarer Folge, der Politikentscheidung. Um diese Folge abschätzen zu können, muss er sämtliche Stufen des Modells durchspielen. Er überlegt nicht nur, inwiefern sich seine Stimme auf das Wahlergebnis auswirken kann, sondern auch, was dies für den Koalitionsbildungsprozess bedeutet und welche Politik die daraus resultierende Regierung betreiben wird.

Das Ergebnis der 1. Stufe, des Wahlkampfes, ist zum Zeitpunkt der Wahlentscheidung bekannt. Parteipositionierungen und Koalitionssignale sind zwar für die Wahlentscheidung relevant, müssen aber nicht antizipiert werden. Das Kalkül der rationalen Wahl ergibt sich aufbauend auf dem mehrstufigen Modell politischen Entscheidens wie folgt: Die Stimmabgabe für eine der zur Wahl stehenden Parteien sowie die Wahlenthaltung stellen die Handlungsalternativen des Wählers dar. Aus dem Zusammenspiel seiner Wahlentscheidung mit dem als äußeren Zustand begriffenen Stimmverhalten der anderen Wähler resultiert ein Wahlergebnis, welches durch das gegebene Wahlsystem zu einer bestimmten Sitzverteilung

⁴ Die Ermittlung einer Sitzverteilung aus einem Wahlergebnis ist rein technischer Natur und stellt innerhalb eines Systems keine Variable dar. Anders als bei den explizit aufgeführten Stufen spielen hier weder Aktionen anderer Spieler noch aus verschiedenen äußeren Zuständen resultierende Unsicherheiten eine Rolle. Die Frage, wie ein Wahlsystem Stimmen in Sitze transformiert, ist somit zwar hoch relevant, braucht aber nicht als eigene Stufe des Modells berücksichtigt zu werden.

führt.⁵ Der Erwartungsnutzen jeder Handlungsalternative ergibt sich aus der Summe der Bewertungen aller durch sie ermöglichten Wahlergebnisse (bzw. der daraus folgenden Sitzverteilungen), gewichtet mit der Wahrscheinlichkeit der zugehörigen Situation. Diejenige Handlungsalternative mit dem höchsten Erwartungsnutzen entspricht dann der rationalen Wahlentscheidung (bzw. der rationalen Nichtwahl).

Die Bewertung des Wahlergebnisses wiederum erfolgt wie oben beschrieben über mehrere Stufen. Auf der 3. Stufe des Spiels wird die Bewertung von Wahlergebnissen durch die Beurteilung möglicher Regierungen ausgedrückt. Prinzipiell sind alle Parteienkombinationen als Regierungszusammensetzungen möglich. In Abhängigkeit vom Wahlergebnis und den Koalitionssignalen der Parteien ergeben sich für das Zustandekommen der verschiedenen möglichen Regierungen jedoch unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten. Die Abhängigkeit vom Wahlergebnis ist etwa daran erkennbar, dass – zumindest in der Bundesrepublik Deutschland – eine Regierung wahrscheinlicher ist, bei der es sich um eine minimale Gewinnkoalition handelt, die ausschließlich aus für eine parlamentarische Mehrheit notwendigen Parteien besteht (siehe z.B. Kropp et al. 2002; Linhart 2009b). Besitzt eine denkbare Koalition keine parlamentarische Mehrheit oder umfasst sie Parteien, die zum Erreichen der Mehrheit nicht notwendig sind, so ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass diese Koalition Ergebnis des Regierungsbildungsprozesses auf Stufe 3 ist.

Des Weiteren hängt die Wahrscheinlichkeit, mit der die Bildung einer bestimmten Koalition zu erwarten ist, von den Koalitionssignalen der Parteien ab, aus denen sie sich zusammensetzt. Befürworten diese die Bildung der Koalition, so kann diese als wahrscheinlich angenommen werden; wenn die Parteien ihr ablehnend gegenüber stehen, ist ihre Entstehung unwahrscheinlich. Der erwartete Nutzen aus einem bestimmten Wahlergebnis ist folglich – technisch gesprochen – der erwartete Nutzen aus den verschiedenen Koalitionen, deren Bildung aufgrund dieses Wahlergebnisses möglich ist, multipliziert mit der Wahrscheinlichkeit, mit der sich diese Koalitionen bilden werden.

Die Bewertung einer Regierung erfolgt wiederum über die Politik, die entsprechend Stufe 4 des Gesamtmodells von ihr erwartet wird. Der Nutzen einer Regierung kann folglich über die Distanz zwischen der Idealposition eines Wählers und der antizipierten Politik der Regierung abgeschätzt werden. Damit ist die letzte Stufe des Modells erreicht. Gemäß der Logik des rationalen Kalküls nach Riker/Ordeshook (1968) wählt der rationale Wähler genau die Handlungsalternative, die seinen Erwartungsnutzen maximiert. Die entsprechende Partei ist

⁵ Riker/Ordeshook (1968) folgend wird das Kalkül entscheidungstheoretisch, nicht spieltheoretisch, ermittelt, so dass die aggregierte Wahlentscheidung der anderen Wähler als äußerer Zustand aufgefasst wird.

seine rationale Wahl. Das Modell zeigt folglich, dass Koalitionen und Koalitionssignale in den Entscheidungsprozess der Wähler integriert werden können und sollten. Die Frage, ob Wähler tatsächlich in der hier dargestellten Weise Koalitionsalternativen und Koalitionssignale der Parteien in ihr Wahlkalkül aufnehmen und wie gut die damit verbundenen Wahlentscheidungen dem hier unterstellten Modell entsprechen, wird in den nächsten beiden Abschnitten einer empirischen Analyse unterzogen.

4. Der Einfluss von Koalitionssignalen auf Wahlentscheidungen

4.1. Daten und Operationalisierung

Bei der empirischen Überprüfung des Modells und seiner Annahmen gehen wir in zwei Schritten vor. Zunächst überprüfen wir eine wesentliche Prämisse dieses Modells direkt: dass unterschiedliche Koalitionssignale bei Wählern zu Veränderungen des Stimmverhaltens führen, die sich ihrerseits in Variationen des Wahlergebnisses insgesamt niederschlagen. Hierfür verwenden wir ein experimentelles Design: Ähnlich wie in der oben erwähnten Studie zum österreichischen Wahlverhalten (Meffert/Gschwend 2010b) wurden insgesamt vier Vignetten in eine im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 durchgeführten Online-Umfrage integriert.⁶ Den Befragten wurden folgende Koalitions vignetten vorgestellt: 1. Die Grünen sprechen sich für eine Beteiligung an einer CDU/CSU-geführten Koalition aus; 2. SPD und Grüne sprechen sich für eine Koalition zusammen mit der FDP aus; 3. SPD und Grüne sprechen sich für eine Koalition mit der Linken aus; 4. die FDP spricht sich für eine Beteiligung an einer SPD-geführten Koalition aus.⁷ Die Befragten wurden bei jeder Vignette gebeten anzugeben, welche Partei sie in diesem Fall wählen würden. Die Antwortvorgaben für jede dieser Vignetten sind identisch mit denen der in derselben Umfrage zuvor schon gestellten Wahlabsichtsfrage (Zweitstimme; Antwortalternativen: CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, andere Partei, würde nicht wählen). Die Wirkung der

⁶ Es handelt sich um Welle IV des Vorwahl-Online-Tracking der sogenannten Komponente X, die mit Unterstützung von GESIS realisiert wurde (Datenkennung ZA5337 benutzte Version: **Pre1.1**). Die Feldzeit der Online-Befragung, die neben den üblichen Kernfragen auch einen speziellen Themenblock zur Koalitionspolitik enthielt, war vom 31. Juli bis 11. August 2009, wobei 985 Interviews realisiert wurden.

⁷ Leider wurde im deutschen Fall, im Unterschied zur österreichischen Studie, die Reihenfolge der Vignetten nicht randomisiert.

Koalitionsvignetten erschließt sich unmittelbar aus dem Vergleich der Antworten auf beide Fragen, da für die einzelnen Befragten alle möglicherweise für Wahlentscheidungen relevanten Faktoren mit Ausnahme dieser Vignetten konstant gehalten sind.

4.2. Ergebnisse

Haben bestimmte Koalitionserwartungen, die durch die einzelnen Vignetten bei den Befragten induziert werden, die ursprünglich geäußerte Wahlabsicht geändert? Die Stärke des Effekts der Koalitionssignale kann an dem Anteil der Befragten gemessen werden, die ihre Wahlabsicht als Reaktion auf die jeweilige Vignette (systematisch oder vorhersagbar) ändern. Würden die in den Vignetten formulierten Koalitionsaussagen keinen Effekt haben, dann sollten allenfalls rein zufällige Veränderungen im Vergleich mit der ursprünglichen Wahlabsicht der einzelnen Befragten feststellbar sein. Tabelle 1 fasst die Ergebnisse des Vergleiches von ursprünglicher und nach dem experimentellen Stimulus erneut erfragter Wahlabsicht für alle Befragten zusammen. Wichtig ist dabei, ob eine Wahlabsicht stabil geblieben ist oder ob sie sich verändert hat. Eine stabile Wahlabsicht haben zum einen diejenigen Befragten, die im Vergleich zur ursprünglich geäußerten Wahlabsicht trotz Vignette sich immer noch für die Wahl derselben Partei aussprechen. Stabilität kennzeichnet aber auch diejenigen Befragten, die trotz Konfrontation mit einer bestimmten Koalitionsvignette weiterhin nicht wissen, was sie wählen wollen bzw. angeben, gar nicht wählen zu wollen. Bei diesen Befragten hatte die durch Vignetten induzierte Koalitionserwartung keine beobachtbaren Folgen. Für Befragte mit veränderter Wahlabsicht unterscheiden wir drei Typen: 1. Befragte, die nach der Vignette eine andere Partei zu wählen beabsichtigen (Andere Partei), 2. Befragte, die durch die Vignette offenbar mobilisiert werden und nun eine ursprünglich nicht vorhandene Wahlabsicht bekunden (Mobilisierung), und 3. Befragte, die nach der Vignette keine Wahlabsicht für eine Partei mehr äußern (Demobilisierung).

- Tabelle 1 etwa hier –

Das erste überraschende Ergebnis ist, dass jeweils rund 45 Prozent der Befragten bei einer durch eine der Vignetten suggerierten veränderten Koalitionslage ihre Wahlabsicht ändern,

unabhängig von der spezifischen Vignette. Bei diesen Befragten scheinen sich die entsprechend veränderten Koalitionserwartungen auf die Wahlabsicht auszuwirken. Zwischen 16 und 18 Prozent der Befragten wechseln von einer Partei zu einer anderen, ein etwa gleich großer Anteil entwickelt durch die Vignetten überhaupt erst eine Wahlabsicht zugunsten einer bestimmten Partei. Etwa halb so groß ist hingegen der Anteil derjenigen, die eine bestehende Wahlabsicht aufgeben. Eine zentrale Prämisse unseres theoretischen Modells, nämlich dass Änderungen der wahrgenommenen Koalitionslagen verhaltensrelevant sein können, darf somit als eindeutig nachgewiesen gelten. Die in den Vignetten beschriebenen Koalitionssignale induzieren auf Seiten der Befragten bestimmte Erwartungen (bzw. ändern existierende Erwartungen ab), die sich in Änderungen von Wahlabsichten niederschlagen können.

- Tabelle 2 etwa hier –

Um die politische Tragweite dieser Befunde einschätzen zu können, ist neben den Auswirkungen veränderter Koalitionserwartungen auf individuelle Wahlentscheidungen auch von Interesse, welche Konsequenzen solche Prozesse für den Wahlausgang insgesamt haben können. Anhaltspunkte zur Beantwortung dieser Frage können wir durch den Vergleich der Wahlabsichten aller Befragten mit der ursprünglich geäußerten Wahlabsicht im Aggregat gewinnen. Tabelle 2 fasst diese Ergebnisse zusammen.⁸ Hätten andere Koalitionssignale der Parteien zu einem anderen Ergebnis der Bundestagswahl 2009 führen können? Für die Union, die auf eine Mehrheit mit der FDP hoffen durfte (siehe die entsprechenden Umfragen bei www.wahlrecht.de), ergaben sich nur bei der ersten Vignette deutliche Auswirkungen – was nicht überrascht, weil nur in dieser Koalitionssignale enthalten waren, welche diese Partei direkt betrafen. Vor dem Hintergrund, dass die Wähler auf Basis der aktuellen Meinungsumfragen wohl überwiegend eine schwarz-gelbe Mehrheit erwarteten, hätte der Union das Signal, für eine Regierungskooperation mit den Grünen offen zu sein, eine Stimmeneinbuße von rund acht Prozentpunkten eingebracht. Auch die Grünen hätten von einer solchen Strategie nicht profitieren können und etwa zwei Prozentpunkte eingebüßt. Überraschenderweise hätte die Ankündigung einer Ampel-Koalition (zweite Vignette) der

⁸ Bei der Interpretation der obigen Tabelle ist wichtig zu beachten, dass die Befragten aus einem Online-Panel stammen und nicht zufällig ausgewählt wurden. Die Daten sind daher nicht repräsentativ und auch nicht in Hinblick darauf gewichtet. Daher entsprechen die Stimmenanteile der Parteien weder dem Wahlergebnis noch Umfrageergebnissen aus dem gleichen Zeitraum. Nichtsdestotrotz können die Unterschiede zur ursprünglichen Wahlentscheidung interpretiert werden.

FDP im Endeffekt nicht geschadet – möglicherweise als Folge der Kompensation von Wählerverlusten durch neu hinzugewonnene Wähler. Dasselbe Bild zeigt sich auch für die Ankündigung einer Neuauflage der sozial-liberalen Koalition, wie in der vierten Vignette suggeriert. Bei der Bundestagswahl 2009 besaß die FDP offenbar viele Koalitionsoptionen, die sie (zumindest netto) verlustfrei hätte verfolgen können. Verprellte Wähler wären, zumindest unseren Zahlen zufolge, durch neu hinzugewonnene Wähler ausgeglichen worden. Hingegen zeigt die dritte Vignette, dass die Ankündigung einer Linkskoalition der SPD einen Verlust von elf Prozentpunkten beschert und ihr somit massiv geschadet hätte.

Zusammenfassend zeigt sich also, dass die Erwartungen, die sich Wähler hinsichtlich der Zusammenarbeit von Parteien in potentiellen Koalitionen nach der Wahl machen, einen beträchtlichen Einfluss auf individuelles Stimmverhalten und damit auch auf das Wahlergebnis haben können. Obwohl diese Zahlen immer in Relation zu der während der Erhebung gegebenen Koalitionslage interpretiert werden müssen, ist insgesamt eine hohe Variabilität der individuellen Wahlentscheidungen festzustellen. Das wirft schließlich auch die wichtige Frage auf, inwieweit ein solches Verhalten vor dem Hintergrund unseres Entscheidungsmodells als rational bezeichnet werden kann. Diese Frage beantwortet der folgende zweite Schritt unserer Analyse.

5. Koalitionssignale und die Rationalität von Wahlentscheidungen

5.1. Daten und Operationalisierung

Basis der nachfolgenden Analysen ist die Vorwahl-Querschnittsbefragung des GLES-Projektes zur Bundestagswahl 2009 (Datenkennung ZA5300, benutzte Version Pre1.2). Obwohl unser Modell im Hinblick auf die Daten, die zu seiner Prüfung erforderlich sind, durchaus anspruchsvoll aussieht, bietet dieser Datensatz (fast) alle notwendigen Informationen: die wahrgenommenen Positionen der Parteien (gemessen auf der Links-Rechts-Dimension), die eigenen Positionen der Befragten auf dieser Dimension und die Wahrnehmungen von Koalitionssignalen durch die Befragten. Die einzige Information, die zur Ermittlung des rationalen Kalküls der Wähler notwendig ist, in der Studie aber nicht direkt erfragt wurde, ist die Wahrnehmung der zu erwartenden Stimmenanteile der einzelnen

Parteien. Die Idealposition jedes Befragten ergibt sich aus der Selbsteinschätzung auf einer Links-Rechts-Skala von 1 (links) bis 11 (rechts). Diese Skala, auf der die Befragten ebenso die Positionen der einzelnen Parteien verorten mussten, stellt somit den Politikraum aus Sicht des Wählers dar. Die wichtigste neue Variable, die unser Modell berücksichtigt und die die Abschätzung rationalen Wählens in Mehrparteiensystemen erst ermöglicht, ist die Wahrnehmung von Koalitionssignalen, die die Parteien ausgesendet haben. Diese Wahrnehmungen wurden für die Bundestagswahl 2009 erstmals erfasst. Unklar ist aber zunächst, ob Koalitionssignale die Wähler – vermittelt über die Medien – überhaupt erreichen und ob die Wähler diese dann auch verarbeiten. Um eine Einschätzung dazu zu erhalten, betrachten wir zunächst eine ebenfalls im Rahmen des GLES-Projektes durchgeführte Inhaltsanalyse von TV-Nachrichten vor der Bundestagswahl 2009.⁹ Tabelle 3 zeigt die Zahl der positiven (mit einem Plus gekennzeichneten) und negativen (mit einem Minus gekennzeichneten) Signale der Parteien zu unterschiedlichen Koalitionsvarianten. Zunächst fällt auf, dass im Wahlkampf 2009 recht wenig über Koalitionssignale in den Fernsehnachrichten berichtet wurde – sei es aufgrund von Selektionsprozessen in den Medien oder weil die Parteien mit solchen Signalen geizig umgehen. Lediglich für die schwarz-gelbe Koalition kam es immer wieder zu der klaren wechselseitigen Zusicherung, die gemeinsame Koalition nach der Wahl realisieren zu wollen. Eine Fortführung der Großen Koalition wurde von der CDU eher abgelehnt, während die SPD sie eher befürwortete. Die Sozialdemokraten sprachen sich zudem hin und wieder auch für eine Ampel-Koalition aus, die dagegen von der FDP vehement abgelehnt wurde. Die Grünen stellten sich deutlich gegen eine Jamaika-Koalition. Überraschend ist, wie wenige Koalitionssignale in Hinblick auf Rot-grün und Rot-rot-grün berichtet wurden.

- Tabelle 3 etwa hier –

Interessanter als die einzelnen Signale ist für unser Modell jedoch, ob solche koalitionspolitischen Signale von den Wählern auch aufgenommen und verarbeitet werden.

⁹ Es handelt sich um eine Vollerhebung aller Hauptnachrichtensendungen der vier Sender ARD, ZDF, RTL und SAT.1 in den zwei Monaten vor der Bundestagswahl (Kennung ZA5306, Version: Pre1.0). Codiert wurden u.a. Aussagen innerhalb von Nachrichtenbeiträgen, die sich mit Koalitionen beschäftigen. Festgehalten wurde jeweils, welche Partei welche Koalition in der betreffenden Aussage (unkonditional oder an Bedingungen geknüpft) befürwortet oder ablehnt. Die Identifikation expliziter Koalitionssignale anhand ihrer Erwähnung in Nachrichtensendungen des Fernsehens ist gerechtfertigt, weil sie die Wähler in erster Linie auf diesem Weg erreichen können. Die Analyse berücksichtigt nur die unkonditionalen Signale, da diese klarer sind und leichter zu den uns interessierenden Einschätzungen von Koalitionsschancen führen können.

Tabelle 4 zeigt die subjektiven Einschätzungen der Befragten über die Bereitschaft zur Zusammenarbeit der entsprechenden Parteien unabhängig von den erwarteten Mehrheitsverhältnissen. Die Befragten konnten ihre Einschätzung über „sehr wahrscheinlich“ bis „sehr unwahrscheinlich“ abstufen. Subtrahiert man den Anteil der Befragten, die eine bestimmte Koalition für eher oder sehr unwahrscheinlich halten, von dem Anteil der Befragten, die diese für sehr oder eher wahrscheinlich halten (Differenz wahrscheinlich – unwahrscheinlich), so findet sich der höchste Wert bei Schwarz-gelb. Analog zu den Signalen in Tabelle 3 schätzten die Wähler vor der Bundestagswahl 2009 die Dreierkoalitionen Ampel, Jamaika und Rot-rot-grün überwiegend als unwahrscheinlich ein.¹⁰ Als recht hoch wurde hingegen die Bereitschaft der betroffenen Parteien zu einer Großen Koalition eingeschätzt, obwohl die entsprechenden Signale, gerade von Seiten der CDU, ablehnend waren. Etwas schwieriger gestaltet sich auch hinsichtlich der subjektiv wahrgenommenen Signale die Interpretation bei Rot-grün. Hier stellt sich die Frage, ob die Befragten tatsächlich alleine die Bereitschaft von SPD und Grünen beurteilten oder bei ihrer Einschätzung nicht doch entgegen der Fragenformulierung, die strikt auf die Bereitschaft der beteiligten Parteien fokussierte, die für Rot-grün ungünstige Mehrheitssituation im Hinterkopf hatten und daher zu großen Teilen dieses Bündnis als eher oder sehr unwahrscheinlich einstufen.¹¹

Zusammengenommen machen die Tabellen 3 und 4 jedenfalls deutlich, dass die Parteien vor der Bundestagswahl 2009 Koalitionssignale ausgesendet haben und dass diese von den Wählern auch tatsächlich wahrgenommen und verarbeitet wurden. Der Einbezug der in der Vorwahlbefragung gemessenen Wahrnehmungen zu möglichen Koalitionspartnern in das Modell rationaler Wahl erscheint vor diesem Hintergrund sehr plausibel.

- Tabelle 4 etwa hier –

Die letzte noch fehlende Information zur Berechnung des rationalen Kalküls der einzelnen Wähler ist ihre Wahrnehmung der Wahlentscheidung der anderen Wähler, d.h. ihre Erwartungen bezüglich des Abschneidens der einzelnen Parteien bei der Bundestagswahl. Da solche detaillierten Abfragen im Rahmen der GLES-Vorwahlbefragung nicht erhoben

¹⁰ Diese Einschätzung steht in Einklang mit alternativen, von der Vorwahlbefragung unabhängigen Methoden wie Prognosemärkten, die ebenfalls zu dem Ergebnis kommen, dass die Aussichten, eine dieser drei Koalitionen zu realisieren, äußerst gering sind (Linhart/Hedtrich 2011).

¹¹ Decker (2009: 447) etwa kommt zu einer anderen Einschätzung und erkennt ein wechselseitiges, ausdrückliches Koalitionssignal zwischen SPD und Grünen. Auch wenn die Grundlage seiner Einschätzung unklar bleibt, scheint das Ergebnis plausibel.

wurden, können wir nicht die subjektiven Erwartungen der Befragten direkt in unsere Modellschätzung aufnehmen. Stattdessen gehen wir von der Annahme aus, dass sich die Befragten bei ihren Einschätzungen des zu erwartenden Wahlergebnisses an den veröffentlichten Umfragen der kommerziellen Meinungsforschungsinstitute orientierten. Dies ist sicherlich keine triviale Annahme, da nicht alle Wähler solche exakten Erwartungen über den Wahlausgang bilden werden. Vor dem Hintergrund von Befunden zu früheren Wahlen, die eine relativ große Sensibilität von Wählern gegenüber Wahlumfragen zeigen (Schmitt-Beck/Faas 2009, Huber et al. 2009), erscheint dieses Verfahren jedoch nicht unplausibel. Das gilt insbesondere für die Situation vor der Bundestagswahl 2009, weil die Stimmungslage für die Parteien in dieser Zeit sehr stabil war und die verschiedenen Meinungsforschungsinstitute relativ ähnliche Befunde veröffentlichten. Ihnen zufolge lagen die kleinen Parteien deutlich und stabil über der Fünf-Prozenthürde, was die Unsicherheit über den Wahlausgang weiter schmälerte. All das sollte die Erwartungsbildung der Wähler vor der Bundestagswahl 2009 insgesamt erleichtert haben. Um die aggregierten Wahlentscheidungen der jeweils anderen Wähler abzuschätzen, ziehen wir daher im Folgenden die Mittelwerte der Umfrageergebnisse der einzelnen Parteien heran.¹²

Damit haben wir alle Zutaten beisammen, um das rationale Kalkül für jeden der Befragten abschätzen zu können: die Wahrnehmungen der Parteipositionen, die eigenen Positionen der Befragten, die Wahrnehmungen der Koalitionssignale und die Erwartungen über die relative Stärke der Parteien. Mit Hilfe der wahrgenommenen Koalitionssignale und der Erwartungen über den Wahlausgang lässt sich so für jeden Wähler berechnen, mit welcher Stimmabgabe er welche Regierungskoalition wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher macht.¹³ Mit Hilfe der Wahrnehmungen der Parteipositionen lassen sich die erwarteten Politikergebnisse der möglichen Koalitionen bestimmen¹⁴ und im Zusammenspiel mit den eigenen Positionen der Befragten schließlich das rationale Wahlkalkül für jeden Befragten bestimmen. Im Folgenden

¹² Basierend auf den Umfragedaten (www.wahlrecht.de) operationalisieren wir die Erwartungen wie folgt: Der Mittelwert über die Wahlumfragen dient als Ausgangspunkt für die Abschätzung der aggregierten Wahlentscheidungen der anderen Wähler. Dabei wird eine Unsicherheit der Wähler von 2,5 Prozentpunkten für die großen Parteien und 1,5 Prozentpunkten für die kleinen Parteien angenommen. Die Stimmen für die sonstigen Parteien müssen hierbei nicht berücksichtigt werden, da bei diesen Größenordnungen ausgeschlossen werden kann, dass eine der sonstigen Parteien die Fünf-Prozenthürde überspringt. Die Stimmabgabe für eine sonstige Partei besitzt also faktisch den gleichen Effekt wie die Wahlenthaltung.

¹³ Da sich auf Bundesebene seit 1957 keine übergroße Koalition mehr gebildet hat und Minderheitsregierungen bislang noch nie aktiv gebildet wurden, halten wir es für eine realistische Annahme, die Wahrscheinlichkeit für alle Regierungen, die nicht minimal gewinnend sind, auf 0 zu setzen. Die verbleibenden Regierungen erhalten Indexpunkte von 0 bis 3 entsprechend der subjektiven Einschätzungen von „sehr unwahrscheinlich“ bis „sehr wahrscheinlich“, wie oben beschrieben. Nach Normierung ergeben diese Indexpunkte eine geeignete Wahrscheinlichkeitsfunktion, die hinreichend stark vom Wahlergebnis abhängt.

¹⁴ Wir folgen hier Linhart (2007) sowie Linhart/Huber (2009) und schätzen die Positionen der Koalitionen als gewichteten Mittelwert der Positionen der Koalitionsparteien.

wollen wir überprüfen, wie gut ein solches Entscheidungsmodell die tatsächlichen Wahlentscheidungen der Wähler erklären kann. Dabei gehen wir nicht davon aus, dass Wähler tatsächlich die genauen Kalkulationen des Modells durchgeführt haben. Vielmehr vermuten wir, dass einige Wähler durch vereinfachte Entscheidungsregeln und Heuristiken so handeln, als ob sie nach dem komplizierten Kalkül entschieden hätten (vgl. Friedman 1953; Lau/Redlawsk 2006; Meffert/Gschwend 2007). Im nächsten Abschnitt soll zunächst geklärt werden, wie viele Wähler sich tatsächlich so verhalten, wie es das Modell des rationalen Wählens vorhersagt. Daran anschließend werden wir überprüfen, ob unser Modell, das Koalitionssignale systematisch mit einbezieht, eine höhere Erklärungskraft aufweist als ein einfaches räumliches Modell der Distanzwahl (vgl. Pappi/Brandenburg und Thurner/Binder in diesem Band). Zuletzt werden wir die besonders relevanten Wahlentscheidungen von Unions- und FDP-Anhängern bei der Bundestagswahl 2009 vor dem Hintergrund unseres Modells genauer untersuchen und dabei der Frage nachgehen, ob Wähler mit vermeintlichen strategischen Absichten immer die für sie beste Wahl getroffen haben.

5.2. Wie häufig wird nach dem rationalen Kalkül gewählt?

Mit den erhobenen Daten lässt sich für jeden Befragten berechnen, welche Partei er nach unserem Modell wählen sollte. Vergleicht man diese Ergebnisse mit den von den Wählern tatsächlich geäußerten Wahlabsichten, kann angegeben werden, wie häufig sich Wähler tatsächlich entsprechend dem rationalen Kalkül entschieden haben. In Tabelle 5 werden die Befragten dieser Logik gemäß in rationale Wähler (geäußerte Wahlabsicht entspricht der Vorhersage des Modells) und nicht rationale Wähler (andere Wahlabsicht als vom Modell vorhergesagt) unterteilt. Zusätzlich wird danach differenziert, ob es sich bei der Wahl um eine Präferenzwahl (im Downsianischen Sinne der Wahl der Partei mit der geringsten Distanz zur eigenen Position im ideologischen Raum) handelt oder nicht (Rangplatzbindungen mit gleich großer Distanz eingeschlossen). Daraus ergeben sich per Kreuzklassifikation insgesamt vier Kategorien. Die größte Gruppe mit 30 Prozent hat nach dem rationalen Kalkül und gleichzeitig die am meisten präferierte Partei gewählt. 28 Prozent haben nach ihrer höchsten Präferenz, aber nicht nach rationalem Kalkül gewählt. Immerhin 14 Prozent haben rational gewählt und sich für eine andere als die ihnen am nächsten stehende Partei entschieden. Relativ viele Befragte (27 Prozent) haben allerdings weder rational noch entsprechend ihrer höchsten Präferenz gewählt.

- Tabelle 5 etwa hier –

Insgesamt ergibt sich somit ein Anteil von 45 Prozent, der nach dem oben ausgeführten rationalen Kalkül gewählt hat. Dass unter den rationalen Wählern mehr sind, die auch gleichzeitig die meistpräferierte Partei wählten, erscheint durchaus plausibel. Die von uns skizzierte Theorie impliziert ja nicht, dass eine rationale Wahlentscheidung häufiger eine von der Erstpräferenz abweichende Wahl sein muss. Über die Größenverhältnisse von abweichender und Präferenzwahl kann die Theorie keine Aussage machen. Dies ist auch nicht zentral für unsere Fragestellung, im Gegensatz zu der Frage, ob das rationale Kalkül tatsächlich einen Einfluss auf Wahlentscheidungen hat, der wir im nächsten Abschnitt nachgehen.

5.3. Einfluss des rationalen Kalküls mit Koalitionsüberlegungen auf die Wahlentscheidung

Um einen Hinweis auf die zusätzliche Erklärungskraft der von uns modellierten Koalitionsüberlegungen zu bekommen, soll in den folgenden multivariaten Modellen getestet werden, ob das für die Befragten ermittelte rationale Kalkül über die einfache Distanzwahl hinaus einen Erklärungswert für die tatsächliche Wahlabsicht der Befragten hat. Die Ausgangsinformationen der Wahrnehmung der politischen Parteien und der eigenen Position sind sowohl beim Modell der einfachen Distanzwahl als auch bei unserem Modell koalitionsorientierten rationalen Wählens die gleichen. Unser Modell geht jedoch hierüber hinaus, indem es systematisch Koalitionssignale sowie die relative Stärke der Parteien im Hinblick auf die erwartete Regierungsbildung einbezieht. Dabei ist zu vermuten, dass das rationale Kalkül nicht für alle Befragten einen ähnlich starken Einfluss haben wird (vgl. Linhart/Huber 2009). Wir gehen vielmehr davon aus, dass Wähler mit größerem politischem Wissen eher dazu in der Lage sind, ihre Wahlentscheidung gemäß dem von uns unterstellten rationalen Kalkül zu treffen. Wir erwarten deshalb einen verstärkenden Effekt von politischem Wissen für das rationale Kalkül.¹⁵

¹⁵ Operationalisiert wird politisches Wissen über eine Frage nach der Funktionsweise der Fünf-Prozenthürde des Wahlsystems bei Bundestagswahlen. Dieses Item erscheint uns besonders in Bezug auf das rationale Kalkül ideal, weil es mit dem Wahlrecht eine zentrale Größe des notwendigen Wissens für eine rationale Stimmabgabe betrifft.

Da wir zunächst an einer allgemeinen Überprüfung der Erklärungskraft des Modells rationaler Wahl interessiert sind, haben wir für die hier untersuchte Fragestellung keine separaten Modelle für Anhänger der einzelnen Parteien geschätzt, sondern nur solche mit allen Befragten. Dafür haben wir den Datensatz fünffach (mit der Anzahl der im Bundestag vertretenen Parteien) „gestapelt“. Die abhängige Variable gibt für jede „Schicht“ des Stapels an, ob die Befragten für oder gegen die betreffende Partei gestimmt haben. Das 1. Modell schließt als unabhängige Variablen lediglich die ideologische, auf der Links-Rechts-Dimension gemessene, Distanz des Befragten zu der jeweiligen Partei ein sowie die Information, ob diese für den Befragten die Partei mit der geringsten ideologischen Distanz, d.h. die meistpräferierte Partei ist (Variable *Naheste Partei*). In Modell 2 führen wir zusätzlich die Variable *Rationale Wahl* ein, die angibt, ob es sich bei der jeweiligen Partei um die gemäß unserem Modell bei rationaler Entscheidung zu wählende Partei handelt oder nicht. Um den gemäß unserer Erwartungen verstärkenden Effekt des politischen Wissens zu untersuchen, werden in Modell 3 zusätzlich Interaktionen mit der einfachen Distanzwahl und mit dem rationalen Kalkül einbezogen. Die Ergebnisse der (wegen der geclusterten Datenstruktur mit robusten Standardfehlern geschätzten) Logit-Modelle sind in Tabelle 6 dargestellt.

- Tabelle 6 etwa hier –

Wie zu erwarten, zeigt sich für die ideologische Distanz zur jeweiligen Partei ein starker und signifikanter Effekt auf die Wahlabsicht. Je größer die wahrgenommene Distanz zur jeweiligen Partei, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, diese zu wählen. Die Variable *Naheste Partei* besitzt darüber hinaus zusätzlichen Erklärungswert für die Wahlabsicht. Das sehr einfache Modell 1 einer reinen Distanzwahl erreicht so immerhin ein Pseudo-R² von 0,16. Interessanter für unsere Analyse ist der Effekt der Variable *Rationale Wahl* in Modell 2. Das rationale Kalkül hat einen signifikant positiven Effekt auf die tatsächliche Wahlabsicht. Der Umstand, dass es gemäß unseres Modells für einen Befragten rational ist, eine bestimmte Partei zu wählen, begünstigt also eine Entscheidung zu deren Gunsten über die schon in Modell 1 gezeigten Effekte der beiden räumlichen Variablen hinaus. Durch Einbeziehen der Koalitionssignale und der Stärke der Parteien bei der Kalkulation des rationalen Kalküls verbessert sich die Erklärungskraft des multivariaten Modells im Vergleich zu einer einfachen Distanzwahl. Einige Befragte scheinen demnach tatsächlich die Koalitionssignale der Parteien

und die erwartete relative Stärke der Parteien systematisch in ihr Entscheidungskalkül aufgenommen zu haben. Modell 3 belegt zudem, dass dies für Befragte mit hohem politischem Wissen in besonderem Maße gilt. Politische „Experten“ wählen nicht nur mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die ihnen am nächsten stehende Partei. Sie wählen darüber hinaus auch eher diejenige Partei, die nach dem in unserem Modell beschriebenen rationalen Kalkül ihre optimale Wahl darstellt und die sie infolgedessen auch wählen sollten – das belegt der signifikante Interaktionseffekt.

5.4. Irrationale FDP-Wahl durch Unionsanhänger bei der Bundestagswahl 2009?

Trotz des Beitrags des rationalen Kalküls zur Erklärung der Wahlentscheidung lernen wir aus Tabelle 5 auch, dass es einen nicht zu vernachlässigenden Anteil an Wählern gibt, der weder im Sinne der Präferenzwahl noch rational im Sinne unseres Kalküls entscheidet. Dies mag einerseits mit unserer Arbeitsdefinition von Präferenzwahl im Downsianischen Sinne als Wahlentscheidung für die nahestehende Partei zusammenhängen. Downs (1957) selbst hat schon argumentiert, dass neben der räumlichen Nähe durchaus auch andere Faktoren für die Frage relevant sein können, ob ein Wähler eine Partei präferiert. Als Beispiele seien etwa die Einschätzung des Personals einer Partei genannt, oder auch die Problemlösungskompetenz, die der Wähler ihr zuschreibt. Die letztgenannten Variablen können den Einfluss der räumlichen Nähe durchaus überlagern, so dass ein Wähler nicht zwingend die ihm am nächsten stehende Partei auch am stärksten präferieren muss.

Für unseren Beitrag von größerem Interesse sind allerdings diejenigen Wähler, die strategisch motiviert von ihrer meistpräferierten Partei abweichen, ohne dabei dem rationalen Kalkül zu folgen. Im Folgenden wollen wir deshalb genauer betrachten, wie sich Koalitionsüberlegungen, die nicht dem von uns unterstellten rationalen Kalkül folgen, auf die Wahlentscheidung auswirken. Hierfür heben wir auf einen bestimmten Aspekt des koalitionsmotivierten strategischen Wählens ab: der Vergabe sogenannter Leihstimmen. Nach der sogenannten Leihstimmen-These (z.B. Pappi/Thurner 2002; Gschwend 2007) kann es unter Umständen für einen Wähler rational sein, seine Stimme nicht der von ihm bevorzugten Partei zu geben, sondern deren potenziell kleinerem Koalitionspartner, dessen Einzug ins Parlament gefährdet ist. Ein solches Verhalten ist in Situationen sinnvoll, bei denen zu erwarten ist, dass im Falle des Scheiterns des kleineren potenziellen Koalitionspartners der größere alleine nicht über eine Mehrheit verfügt, beide gemeinsam aber schon. Linhart/Huber

(2009: 152) konnten zeigen, dass die Bereitschaft zum Leihstimmen-Wählen zwar in der Regel strategisch motiviert ist, aber unter bestimmten Rahmenbedingungen keine rationale Entscheidung darstellt. Im Folgenden werden wir untersuchen, ob solches irrationales Leihstimmen-Wählen auch bei der Bundestagswahl 2009 aufgetreten ist.

Bei der Analyse beschränken wir uns exemplarisch auf „Anhänger“ von Union oder FDP. Dabei verstehen wir „Anhänger“ im allgemeinen Sinne einer Präferenz, die aus den oben genannten Gründen nicht notwendigerweise auf einer wahrgenommene räumliche Nähe basieren muss und die wir über die Skalometerwerte für die Parteien und die Parteiidentifikation messen.¹⁶ Damit weichen wir von der strikten räumlichen Logik aus der vorherigen Analyse ab. Um ein umfassendes Bild von dem Einfluss allgemeiner Koalitionsüberlegungen auf das Wahlverhalten zu erhalten, erscheint diese Öffnung für Anhänger, die nicht der räumlichen Logik folgen, notwendig.¹⁷ Wir beschränken uns bei der Analyse speziell auf die Anhänger von Union und FDP, da das Leihstimmen-Argument in Wahlkämpfen traditionell am stärksten von der FDP genutzt wird und für frühere Wahlen auch empirisch nachgewiesen werden konnte, dass die FDP von Leihstimmen aus den Reihen der Unionsanhänger profitieren konnte (z.B. Gschwend 2007; Shikano et al. 2009). Das Leihstimmen-Argument kann wie oben beschrieben allerdings nur dann gelten, wenn der kleinere Partner knapp an der Fünf-Prozenthürde steht, was ganz offensichtlich bei der FDP vor der Bundestagswahl 2009 nicht der Fall war.

Aus Sicht eines rationalen Wählers in unserem Modell stellte sich die Situation für Anhänger von Union und FDP wie folgt dar. Zunächst musste er zwei mögliche Situationen in Betracht ziehen: erstens ein Wahlergebnis, das zu einer Sitzverteilung mit schwarz-gelber Mehrheit führt, und zweitens, ein Parlament ohne schwarz-gelbe Mehrheit. Im ersten Fall konnte aufgrund der Koalitionssignale (siehe Tabelle 3) relativ sicher davon ausgegangen werden, dass sich eine entsprechende Regierung aus CDU/CSU und FDP auch bilden würde. Die Stimmabgabe für Union oder FDP konnte vor diesem Hintergrund lediglich kleinere Verschiebungen zwischen den beiden Koalitionspartnern bewirken.

¹⁶ Als Anhänger von CDU/CSU und FDP werden all diejenigen Befragten einbezogen, die entweder bei den Skalometerwerten für die Parteien eine Erstpräferenz für CDU, CSU oder FDP angaben oder eine Parteiidentifikation mit einer der drei Parteien aufwiesen. Im Falle eines Konflikts zwischen den beiden Messungen wird die Parteiidentifikation herangezogen.

¹⁷ Das gilt insbesondere, da die im Folgenden untersuchten Koalitionspräferenzen auch nicht notwendigerweise einer räumlichen Logik folgen müssen.

Wenn hingegen damit gerechnet wurde, dass Union und FDP keine gemeinsame Mehrheit erreichen würden,¹⁸ sollten weitere Koalitionserwartungen an Relevanz gewinnen. Erwartete ein Wähler mit Erstpräferenz CDU/CSU oder FDP für diesen Fall die Bildung einer Großen Koalition,¹⁹ so war seine Stimme am sinnvollsten bei der Union eingesetzt, da nur dann ein Einfluss auf die Regierungspolitik im Sinne dieses Wählers stattfinden konnte. Die FDP wäre in diesem Fall Oppositionspartei, eine Stimme für sie nähme keinen Einfluss auf Politikergebnisse. Nur eine möglichst starke Union wäre in der Lage, Politik in Richtung der Idealposition des Wählers zu beeinflussen.

Nichtsdestotrotz hat die FDP im Wahlkampf mit ihrer Zweitstimmenkampagne wieder stark auf die Leihstimmen-Logik und auf durch diese motivierte Unterstützung durch Unionsanhänger gebaut. Sinngemäß äußerten führende FDP-Politiker, wer Schwarz-gelb wolle, müsse die FDP wählen (FDP 2009; Stern 2009). Es erscheint deshalb möglich, dass sich einige Wähler auch 2009 davon haben überzeugen lassen. Nach dieser Logik wäre eine schwarz-gelbe Koalition am ehesten mit einer Stimme für die FDP zu erreichen. Danach sollten dann insbesondere diejenigen Personen für die FDP stimmen, die eine schwarz-gelbe Koalition bevorzugten, aber daran zweifelten, dass eine sichere Mehrheit für sie zustande kommen würde – etwa weil sie auch Rot-grün eine Mehrheit bei der Wahl zutrauten. Um die strategischen Kalküle von Unions- und FDP-Anhängern näher analysieren zu können, wird im Folgenden nur diese Wählergruppe untersucht. Dabei soll überprüft werden, welche Faktoren – rationale und nicht-rationale Koalitionsüberlegungen – Einfluss auf die Wahl der Union im Vergleich zu einer Wahlentscheidung für die FDP hatten. Zu diesem Zweck werden jeweils für Union- und FDP-Anhänger multinomiale logistische Regressionen der Wahlentscheidung geschätzt.²⁰ Dargestellt in Tabelle 7 ist jeweils nur der uns hier interessierende Kontrast zwischen einer Wahlentscheidung für die CDU/CSU bzw. für die FDP. In Modell 1 wird ein Basismodell der rationalen Wahl geschätzt. Darin enthalten sind die schon aus dem vorherigen Abschnitt bekannten Variablen für die nahesten Partei und für die rationale Wahl.²¹

¹⁸ Dies stellte im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 ein realistisches Szenario dar, das sich unter Berücksichtigung der Unsicherheit über das erwartete Wahlergebnis durchaus auf das rationale Kalkül auswirkte.

¹⁹ Dies entspricht tatsächlich den Erwartungen der meisten Befragten. Für vereinzelte Wähler mit der Erwartung einer Ampel-Koalition gilt analog exakt das Gegenteil der hier beschriebenen Logik.

²⁰ Grundsätzlich entsprechen multinomiale Modelle am besten der Entscheidungssituation der Wähler in Mehrparteiensystemen (vgl. z.B. Dow/Endersby 2004). Obwohl uns hier nur Union- und FDP-Anhänger interessieren und dabei vor allem die Entscheidung zwischen Union und FDP bleibt die individuelle Wahlentscheidung mindestens trinomial (CDU/CSU, FDP und andere Parteien). Weitergehende Vereinfachungen der zu modellierenden Entscheidungssituation, etwas die Annahme einer binominalen Entscheidung (CDU/CSU vs. FDP), würde nur zu verzerrten Schätzungen führen..

²¹ Codierung jeweils: CDU/CSU versus andere Parteien bzw. FDP versus andere Parteien.

Wenn das rationale Kalkül einen Einfluss darauf hat, ob die Stimme der Union oder der FDP gegeben wird, sollte die Variable *Rationale Wahl* einen über die einfache Distanzwahl hinausgehenden Effekt haben. In den Modellen 2 und 3 werden Koalitionspräferenzen und -erwartungen als zusätzliche mögliche Erklärungsfaktoren eingeführt. Wenn die Argumentation der FDP bei manchen Wählern verfangen hat, eine Stimme für die FDP sei die beste Wahl für eine schwarz-gelbe Koalition, sollte die Koalitionspräferenz²² für Schwarz-gelb einen negativen Effekt auf die Wahl der Union – im Vergleich zur FDP – haben. Zudem könnte auch die Erwartung einer möglichen Mehrheit des gegnerischen politischen Lagers, also einer rot-grünen oder rot-rot-grünen Mehrheit, einige Wähler dazu veranlassen, die FDP statt der Union zu wählen – sei es, weil fälschlicherweise tatsächlich geglaubt wird, dass mit der Wahl der FDP am ehesten doch noch eine schwarz-gelbe Mehrheit erreicht werden könne, oder auch, um einfach ein expressives Signal für eine schwarz-gelbe Koalition zu setzen.

Betrachtet man in Tabelle 7 zunächst Modell 1, zeigt sich erneut der bereits aus Tabelle 6 bekannte Effekt der Parteinähe. Ist die CDU/CSU die nächstliegende Partei, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, für die Union und nicht die FDP zu votieren. Das Umgekehrte gilt, wenn die FDP die nächstliegende Partei ist (wenngleich dieser Effekt statistisch nicht signifikant ist). Interessant ist nun, dass das rationale Kalkül darüber hinaus einen eigenständigen Effekt auf die Wahlentscheidung besitzt. Insbesondere diejenigen Wähler, die gemäß rationalem Kalkül die Union wählen sollten, lassen eine gesteigerte Wahrscheinlichkeit erkennen, tatsächlich in diesem Sinne abzustimmen. Der analoge Effekt für die FDP ist wiederum nicht signifikant. In den Modellen 2 und 3 zeigt sich allerdings, dass auch die oben erläuterten im Sinne unseres theoretischen Modells irrationalen Überlegungen bei der Stimmabgabe der Unions- und FDP-Anhänger eine Rolle gespielt haben. So hatte die Präferenz für eine schwarz-gelbe Koalition tatsächlich einen negativen Effekt auf die Wahl der Unionsparteien. Je intensiver die Präferenz für eine schwarz-gelbe Koalition, desto eher wurde die FDP und nicht die Union gewählt. Die FDP profitierte also von den Befürwortern einer schwarz-gelben Koalition. Ob Wähler eine schwarz-gelbe Koalition erwarteten oder nicht, erweist sich hingegen in Modell 2 als bedeutungslos.

– Tabelle 7 etwa hier –

²² Gemessen über die Skalometerbewertungen der verschiedenen Koalitionen. Entscheidend für die Präferenz ist dann, dass die schwarz-gelbe Koalition höher bewertet wurde als alle anderen Koalitionen.

Ein anderes Bild ergibt sich aber in Modell 3 für die Erwartung einer Mehrheit des gegnerischen Lagers. Wer eine Mehrheit für Rot-grün oder eine Regierungsbildung aus Rot-rot-grün erwartete, tendierte eher zur FDP als zur CDU/CSU. Offenbar profitierte die FDP von den Überlegungen, die sie mit ihrer Zweitstimmenkampagne offensichtlich auch hervorrufen wollte. Vergleicht man die Effektgrößen, so ist festzustellen, dass die Koeffizienten der Koalitionspräferenzen und der Koalitionserwartungen den Einfluss der rationalen Wahl überlagern. Geht man davon aus, dass wir in unserem Modell des rationalen Kalküls alle relevanten Informationen über Koalitionen und Regierungsbildung integriert haben, so deuten die verbleibenden starken Effekte der Koalitionspräferenzen und -erwartungen darauf hin, dass einige Wähler zu vermeintlichen strategischen Entscheidungen bei der Stimmabgabe verleitet wurden, die nicht ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse im Sinne unseres Modells entsprachen (vgl. auch Meffert/Gschwend 2011).

6. Fazit

Seit der Bundestagswahl 2005 prägen unklare Mehrheitsverhältnisse die Koalitionspolitik auf Bundesebene. Die Bedeutung von Koalitionen für das Wählerverhalten wurde dadurch zu einem immer wichtigeren Thema auf der politischen Agenda und ebenso auf der Agenda der Wahlforschung. Auch wenn nach der Bundestagswahl 2009 mit der schwarz-gelben Regierung wieder eine Koalition nach traditionellem Muster gebildet werden konnte, ist für die Zukunft zu erwarten, dass es immer wieder zu schwierigen Koalitionskonstellationen kommen dürfte. Es stellt sich deshalb verstärkt die Frage, wie Wähler mit solchen Situationen umgehen bzw. ob es ihnen noch möglich ist, Koalitionen in Hinblick auf ihren Nutzen zu beurteilen, und wie sie diesen systematisch in ihren Wahlentscheidungen berücksichtigen. Die Koalitionssignale der Parteien – ihre Aussagen über für sich gewünschte oder aber abgelehnte Regierungskooperationen – können den Wählern einerseits dabei behilflich sein, die Chancen zur Realisierung unterschiedlicher Koalitionen besser einzuschätzen. Andererseits können sie aber auch dazu beitragen, dass Wähler in die Irre geführt werden und ihre Stimme nicht so abgeben, dass sie ihren Erwartungsnutzen maximiert. Daher wurde im vorliegenden Beitrag ein genauer Blick auf die Wirkungen von Koalitionssignalen auf Wahlentscheidungen geworfen.

Da die Koalitionslage bei einer gegebenen Wahl eine wenig variable Kontextbedingung darstellt bzw. es in der Regel an Daten mangelt, die intra-individuelle Veränderungen durch kurzfristige Veränderungen dieses Kontextaspektes sichtbar machen könnten, wurde zur Untersuchung der Wirkung von Koalitionssignalen zunächst ein Umfrage-Experiment genutzt. Es konnte gezeigt werden, dass die als Stimulus benutzten Koalitionssignale bei einem großen Teil der Befragten zu einem Wechsel der Wahlabsicht geführt bzw. die erstmalige Entstehung einer Wahlabsicht begünstigt haben. Die Analysen haben überdies aufgezeigt, dass solche Prozesse intra-individuellen Wandels das Potenzial besitzen, Wahlergebnisse zu verändern. Durch unterschiedliche Muster experimentell vorgegebener Koalitionssignale haben sich die Stimmanteile von Parteien zum Teil deutlich verändert, und zwar teilweise zu ihrem Nutzen und teilweise zu ihrem Schaden. Unser erster Befund lautet daher, dass Wähler Koalitionssignale in ihre Wahlentscheidung einbeziehen und auf den sich bietenden Kontext reagieren, was zu nicht unerheblichen Auswirkungen auf den Wahlausgang führen kann.

Die Anwendung unseres Modells der rationalen Wahlentscheidung auf die Bundestagswahl 2009 zeigte einerseits, dass das von uns beschriebene rationale Kalkül, das unter anderem auch auf die Wahrnehmung von Koalitionssignalen zurückgreift, einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Wahlentscheidung leisten kann. Im Vergleich zu einem einfachen Modell der reinen Distanzwahl erhöht sich die Erklärungskraft deutlich, wenn Koalitionssignale systematisch in die Modellierung des Entscheidungskalküls der Wähler einbezogen werden. An dem von uns analysierten Fallbeispiel der schwarz-gelben Koalition bei der Bundestagswahl 2009 zeigte sich aber auch, dass starke Präferenzen für eine Koalition und entsprechende Befürchtungen, dass diese Koalition nicht zustande kommen könnte, das von uns unterstellte rationale Kalkül überlagern können. Das Senden sehr starker Koalitionssignale und Aussagen, wonach nur die Wahl einer bestimmten Partei das Zustandekommen einer Koalition sichern würde, können Wähler auch in die Irre führen und sie dazu verleiten, ihre Stimme nicht in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse – d.h. nicht rational – einzusetzen.

Koalitionssignale spielen folglich eine wichtige Rolle für das Wahlverhalten. Die Parteien vermögen dabei, die Unsicherheit der Wähler zu reduzieren und ihnen durch die Sendung klarer Signale eine rationale Wahlentscheidung erleichtern. Das Senden von Koalitionssignalen birgt jedoch auch ein gewisses Risiko für die Parteien, da damit potentielle Wähler verprellt werden können. Dieses Risiko könnte sich aber dann als Chance erweisen,

wenn die Parteien die Vorteile unterschiedlicher Koalitionsoptionen deutlich machen würden statt den Antagonismus alter Lager hervorzuheben.

Literatur

- Aldrich, John H./Blais, Andre/Indridason, Indridi H./Levine, Renan*, 2004: Coalition considerations and the vote, in: *Asher, Arian /Shamir, Michal* (Hrsg.), *The elections in Israel*. New Brunswick, 180-211.
- Austen-Smith, David/Banks, Jeffrey*, 1988: Elections, coalitions, and legislative outcomes, in: *American Political Science Review* 82, 405-422.
- Bargsted, Matias A./Kedar, Orit*, 2009: Coalition-targeted duvergerian voting. How expectations affect voter choice under proportional representation, in: *American Journal of Political Science* 53, 307-323.
- Blais, Andre/Aldrich, John H. /Indridason, Indridi H./Levine, Renan*, 2006: Do voters vote for government coalitions? Testing Downs' pessimistic conclusion, in: *Party Politics* 12, 691-705.
- Buchanan, James M./Yoon, Yong J.*, 2006: All voting is strategic, in: *Public Choice* 129, 159-167.
- Bytzek, Evelyn*, 2010: Der überraschende Erfolg der FDP bei der Bundestagswahl 2005. Leihstimmen oder Koalitionswahl als Ursache, in: *Faas, Thorsten /Arzheimer, Kai/Roßteutscher, Sigrid* (Hrsg.), *Information - Wahrnehmung - Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*. Wiesbaden, 315-332.
- Bytzek, Evelyn/Huber, Sascha*, 2010: Coalition preferences and voting behaviour at the 2009 German federal election, paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association. Washington. September 2-5, 2010.
- Decker, Frank*, 2009: Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40, 431-453.
- Dow, Jay K./Endersby, James W.*, 2004: Multinomial probit and multinomial logit: comparison of choice models for voting research, in: *Electoral Studies* 23, 107-122.
- Downs, Anthony*, 1957: *An economic theory of democracy*. New York.
- FDP*, 2009: Westerwelle: Wer Schwarz-Gelb will, muss mit der Zweitstimme FDP wählen; in: http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_article.php?wc_c=554&wc_id=31, 14.01.2011.
- Friedman, Milton*, 1953: The methodology of positive economics, in: *Friedman, Milton* (Hrsg.), *Essays in Positive Economics*. Chicago, 1-43.

- Gschwend, Thomas/Pappi, Franz U.*, 2004: Stimmensplitting und Koalitionswahl, in: *Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud* (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2002. Analysen des Wahlergebnisses und des Wahlkampfes*. Wiesbaden, 167-183.
- Gschwend, Thomas/Norpoth, Helmut*, 2005: Prognosemodell auf dem Prüfstand. Die Bundestagswahl 2005, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 682-688.
- Gschwend, Thomas/van der Kolk, Henk*, 2006: Split ticket voting in mixed member proportional systems. The hypothetical case of the Netherlands, in: *Acta Politica* 41, 163-179.
- Gschwend, Thomas*, 2007: Ticket-splitting and strategic voting under mixed electoral rules. Evidence from Germany, in: *European Journal of Political Research* 46, 1-23.
- Gschwend, Thomas/Hooghe, Marc*, 2008: Should I stay or should I go? An experimental study on voter responses to pre-electoral coalitions, in: *European Journal of Political Research* 47, 556-577.
- Huber, Sascha/Gschwend, Thomas/Meffert, Michael F./Pappi, Franz U.*, 2009: Erwartungsbildung über den Wahlausgang und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung, in: *Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W./Wessels, Bernhard* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden, 562-584.
- Irwin, Galen A./van Holsteyn, Joop J.*, 2003: They say it can't be done? Strategic voting in multi-party proportional systems, The case of the Netherlands, paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association. Philadelphia. August 31-September 3, 2003.
- Kropp, Sabine/Schüttemeyer, Suzanne S./Sturm, Roland*, 2002: Koalitionen in West- und Osteuropa. Theoretische Vorüberlegungen und Systematisierung des Vergleichs, in: *Kropp, Sabine/Schüttemeyer, Suzanne S./Sturm, Roland* (Hrsg.), *Koalitionen in West- und Osteuropa*. Opladen, 7-40.
- Lau, Richard R./Redlawsk, David P.*, 2006: *How Voters Decide. Information Processing during Election Campaigns*. Cambridge.
- Linhart, Eric*, 2007: Rationales Wählen als Reaktion auf Koalitionssignale am Beispiel der Bundestagswahl 2005, in: *Politische Vierteljahresschrift* 48, 461-484.
- Linhart, Eric/Huber, Sascha*, 2009: Der rationale Wähler in Mehrparteiensystemen. Theorie und experimentelle Befunde, in: *Henning, Christian/Linhart, Eric/Shikano, Susumu* (Hrsg.), *Parteienwettbewerb, Wahlverhalten und Koalitionsbildung*. Baden-Baden, 133-160.
- Linhart, Eric*, 2009a: A rational calculus of voting considering coalition signals. The German Bundestag elections 2005 as an example, in: *World Political Science Review* 5, 1-28.
- Linhart, Eric*, 2009b: Ämterschacher oder Politikmotivation? Koalitionsbildungen in Deutschland unter gleichzeitiger Berücksichtigung von zweierlei Motivationen der Parteien, in: *Shikano, Susumu/Behnke, Joachim/Bräuninger, Thomas* (Hrsg.), *Jahrbuch für Handlungs- und*

Entscheidungstheorie, Band 5. Wiesbaden, 181-222.

- Linhart, Eric/Hedtrich, Friedrich*, 2011: Prognosemärkte als Mittel zur Messung von Eintrittswahrscheinlichkeiten politischer Entscheidungen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2009, in: *Bräuninger, Thomas /Shikano, Susumu/Bächtiger, André* (Hrsg.), Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie, Band 7. Wiesbaden, im Erscheinen.
- Meffert, Michael F./Gschwend, Thomas*, 2007: Strategic voting under proportional representation and coalition governments. A simulation and laboratory experiment. SFB 504 Working Paper No. 07-55. University of Mannheim.
- Meffert, Michael F./Gschwend, Thomas*, 2009: Strategisches Wählen in Mehrparteiensystemen. Ein Gruppenexperiment, in: *Henning, Christian / Linhart, Eric/ Shikano, Susumu* (Hrsg.), Parteienwettbewerb, Wählerverhalten und Koalitionsbildung. Baden-Baden, 107-132.
- Meffert, Michael F./Gschwend, Thomas*, 2010a: Strategic coalition voting. Evidence from Austria, in: *Electoral Studies* 29, 339-349.
- Meffert, Michael F./Gschwend, Thomas*, 2010b: Coalition signals as voter cues, paper presented at the Annual Meeting of the International Society of Political Psychology. San Francisco. July 7-10, 2010.
- Meffert, Michael F./Gschwend, Thomas*, 2011: Polls, coalition signals, and strategic voting: An experimental investigation of perceptions and effects, in: *European Journal of Political Research*, im Erscheinen.
- Pappi, Franz U./Thurner, Paul W.*, 2002: Electoral behaviour in a two-vote system. Incentives for ticket splitting in German Bundestag elections, in: *European Journal of Political Research* 41, 207-232.
- Pappi, Franz U./Gschwend, Thomas*, 2005: Partei- und Koalitionspräferenzen der Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002, in: *Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Wessels, Bernhard* (Hrsg.), Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden, 284-305.
- Pappi, Franz U./Herzog, Alexander/Schmitt, Ralf*, 2006: Koalitionssignale und die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37, 493-513.
- Pappi, Franz U.*, 2007: Partei- und Koalitionskriterien der österreichischen Wählerschaft für die Nationalratswahl 2006, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36, 445-469.

- Riker, William H./Ordeshook, Peter C.*, 1968: A theory of the calculus of voting, in: American Political Science Review 62, 25-42.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Faas, Thorsten*, 2009: Die hessische Landtagswahl vom 27. Januar 2008: Wiederkehr der hessischen Verhältnisse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 40, 16-34.
- Shikano, Susumu/Herrmann, Michael /Thurner, Paul W.*, 2009: Strategic voting under proportional representation. Threshold insurance in German elections, in: West European Politics 32, 634-656.
- Stern*, 2009: FDP will Merkel zur Hilfe eilen, in:
<http://www.stern.de/politik/deutschland/dreikoenigstreffen-fdp-will-merkel-zur-hilfe-eilen-650701.html>, 14.01.2011.

Tabelle 1: Effekte induzierter Koalitionserwartungen

	Vignette zu			
	Grüne & CDU	Ampel	Linkskoalition	FDP & SPD
Wahlabsicht bleibt stabil:	57	57	54	56
Ohne Wahlabsicht	8	8	8	7
Gleiche Partei	49	49	46	49
Wahlabsicht verändert sich:	44	43	46	45
Andere Partei	16	17	17	18
Mobilisierung	18	18	18	19
Demobilisierung	10	8	11	8

Zelleinträge sind Spaltenprozente (mit evtl. Rundungsungenauigkeiten) auf Basis von N = 985 Beobachtungen.

Tabelle 2: Koalitionserwartungen und Wahlabsichten

		Wahlabsicht, nach ...			
		Vignette 1: CDU/CSU, Grüne	Vignette 2: SPD, Grüne, FDP	Vignette 3: SPD, Grüne, Linke	Vignette 4: SPD, FDP
Ursprüngliche Wahlabsicht					
CDU/CSU	31	23	31	32	32
SPD	28	25	22	17	25
FDP	10	15	10	12	11
Grüne	15	13	17	13	13
Linke	11	14	12	13	12
Sonstige Partei	5	10	9	12	8
(N)	(706)	(814)	(828)	(795)	(838)

Zelleinträge sind Spaltenprozente (mit evtl. Rundungsungenauigkeiten).

Tabelle 3: Koalitionssignale der Parteien in den Fernsehnachrichten

	CDU	CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
Große Koalition	-3	-	+4	-	-	-
Schwarz-gelb	+17	+4	-	+21	-	-
Rot-grün	-	-	-	-	-	-
Ampel	-	-	+2	-17	-	-1
Jamaika	-	-	-	-	-	-6
Rot-rot-grün	-	-	-1	-	-	-

Zelleinträge sind die absoluten Zahlen der positiven bzw. negativen Koalitionssignale.

Tabelle 4: Koalitionssignale in der Wählerwahrnehmung

	sehr wahr- scheinlich	eher wahr- scheinlich	eher unwahr- scheinlich	sehr unwahr- scheinlich	Differenz wahrscheinlich - unwahrscheinlich	N
Große Koalition	20	44	27	9	28	1994
Schwarz-gelb	40	41	15	4	62	1971
Rot-grün	18	34	35	12	5	1940
Ampel	3	20	52	25	-54	1887
Jamaika	3	17	48	31	-59	1887
Rot-rot-grün	6	20	38	37	-50	1881

Zelleinträge sind Zeilenprozente (Spalten 2 bis 5) bzw. Spaltendifferenzen der Spalten 2 und 3 einerseits und 4 und 5 andererseits (letzte Spalte).

Tabelle 5: Einteilung der Befragten nach rationalem Kalkül und Präferenzwahl

	Kein rationales Kalkül	Rationales Kalkül	Σ
Abweichende Wahl	27	14	42
Präferenzwahl	28	30	58
Σ	55	45	100

Zelleinträge sind Zellenprozente.

Tabelle 6: Erklärungskraft von einfacher Distanzwahl und rationalem Kalkül für die Wahlabsicht

	Wahlabsicht für jeweilige Partei		
	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Ideologische Distanz zu Partei	-6,03 (0,30)***	-5,33 (0,30)***	-5,31 (0,30)***
Naheste Partei	0,48 (0,09)***	0,41 (0,10)***	-0,02 (0,17)
Rationale Wahl		0,97 (0,10)***	0,62 (0,19)**
Politisches Wissen			-0,46 (0,10)***
Wissen * naheste Partei			0,58 (0,19)**
Wissen * rationale Wahl			0,47 (0,21)*
Konstante	-0,55 (0,07)***	-0,91 (0,08)***	-0,57 (0,10)***
McFaddens Pseudo-R ²	0,16	0,19	0,20
N (Befragte)	1175	1175	1175
N (Bewertungen)	5875	5875	5875

Zelleinträge sind Logit-Koeffizienten, robuste Standardfehler in Klammern. Alle Variablen wurden auf ein Intervall von 0 bis 1 standardisiert.

* p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001.

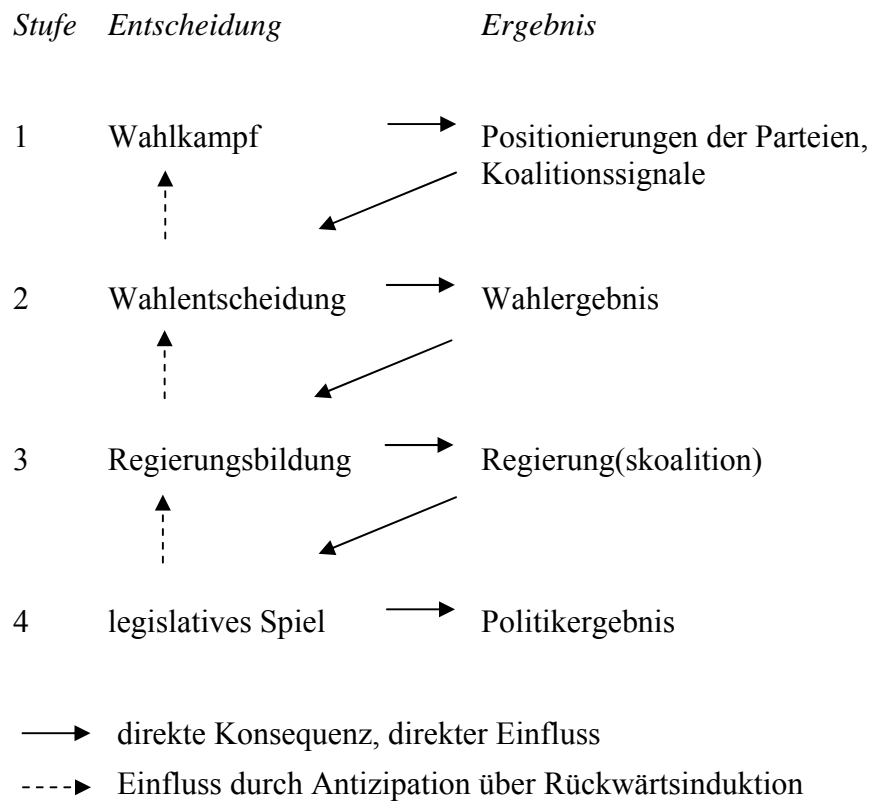
Tabelle 7: Multinomiales Modell der Wahlentscheidung für die Anhänger von CDU/CSU und FDP

	Wahlentscheidung für CDU/CSU versus FDP		
	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Naheste Partei: CDU/CSU	0,73 (0,29)*	0,74 (0,30)*	0,78 (0,30)*
Naheste Partei: FDP	-0,40 (,24)	-0,32 (0,25)	-0,27 (0,26)
Rationale Partei: CDU/CSU	0,54 (25)*	0,74 (0,27)**	0,75 (0,27)**
Rationale Partei: FDP	-0,25 (0,44)	-0,26 (0,44)	-0,26 (0,44)
Koalitionspräferenz: Schwarz-gelb		-0,85 (0,26)**	-0,82 (0,25)**
Koalitionserwartung: Schwarz-gelb		0,39 (0,28)	
Koalitionserwartung: Rot-grün oder Rot-rot-grün			-1,44 (0,69)*
Konstante	0,71 (0,23)**	0,80 (0,30)**	1,09 (0,26)***
McFadden's Pseudo-R ²	0,07	0,14	0,15
N	530	530	530

Zelleinträge sind Logit-Koeffizienten, Standardfehler in Klammern. Alle Variablen wurden auf ein Intervall von 0 bis 1 standardisiert.

* p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001.

Abbildung 1: Ein vierstufiges Modell politischen Entscheidens



Quelle: Eigene Darstellung nach Austen-Smith/Banks (1988) und Linhart/Huber (2009).

Angaben zu Autoren

Dr. Evelyn Bytzek, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Robert-Mayer-Str. 1, 60054 Frankfurt am Main. Email: bytzek@soz.uni-frankfurt.de

Prof. Thomas Gschwend, Ph.D., Center for Doctoral Studies in Social & Behavioral Sciences (CDSS), Universität Mannheim, 68131 Mannheim. Email: gschwend@uni-mannheim.de

Dipl. Soz.-Wiss. Sascha Huber, Universität Mannheim, A5,6, 68131 Mannheim. Email: shuber@rumms.uni-mannheim.de

Juniorprof. Dr. Eric Linhart, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Wilhelm-Seelig-Platz 7, 24098 Kiel. Email: eric.linhart@ae.uni-kiel.de

Michael F. Meffert, Ph.D., Leiden University, Wassenaarseweg 52, 2333 AK Leiden, Niederlande. Email: m.f.meffert@fsw.leidenuniv.nl